

Das Kreditwesen im Vollgeldsystem

Vollgeld sichert die Diversität des Bankenplatzes Schweiz

Die Initiativgegner behaupten wider besseres Wissen, dass das Kreditangebot im Vollgeldsystem „durch hochgradig zentralisierte, äusserst anspruchsvolle Entscheide der SNB“ bestimmt würde (SBVg). Einige Kritiker sprechen gar von einer Verstaatlichung des Kreditwesens, weil sie es (unwissend oder bössartig) mit dem Geldwesen bzw. der Geldschöpfung verwechseln. Letztere wird im Vollgeldsystem in der Tat allein durch die SNB wahrgenommen. Die Kreditschöpfung hingegen verbleibt bei den Banken, mit dem einzigen Unterschied, dass sie dazu die Kontokorrentgelder des Publikums (Bankenbuchgeld) nicht mehr verwenden dürfen. Spargelder, Termineinlagen, Kassenobligationen, Bankanleihen und natürlich ihr Eigenkapital indessen schon.

Selbst liberale Ökonomen schliessen sich dieser Forderung an. Dr. Beat Kappeler schreibt beispielsweise: „Ausserdem sollen Banken nur mit festen Einlagen Kredite erteilen, also keine Geldexpansion betreiben“ („Mein Standpunkt“, NZZ am Sonntag 2. März 2014). Der gesunde Menschenverstand spricht ebenfalls dafür, dass die liquiden Buchgelder von den Banken nicht für die Kreditvergabe, insbesondere nicht für die langfristige verwendet werden sollten. Finanzkrisen wurden überall und immer durch Probleme mit kurzfristigen Schulden von Banken ausgelöst, ganz speziell auch im Jahre 2007 (Aymo Brunetti: Der Sturm, Das Magazin, Tagesanzeiger 31/32 2017).

Die genossenschaftlichen Raiffeisenbanken, viele Sparkassen und Kantonalbanken finanzieren ihre Kredite und Finanzanlagen schon heute bis zu 90% mit auf Zeit angelegten Spareinlagen, also nicht mit Bankenbuchgeldern. Sie wären in ihrer Kreditfähigkeit beim Übergang in ein Vollgeldsystem kaum betroffen. Die Postfinance ohnehin nicht, weil sie weder Kredit, noch Geld schöpfen darf und so eine der sichersten Banken überhaupt ist. „In Krisenzeiten werden solche Banken ohne Geldschöpfung immer attraktiver, sie könnten damit werben und müssten wenig reguliert werden. Die Politik hat aber ohne diese Zusammenhänge auf allen diesen Gebieten einzeln reguliert, ohne Gesamtschau, ohne echte Reform“ (B. Kappeler, Mein Standpunkt: Die Postfinance darf nicht zu einer normalen Bank werden, NZZ am Sonntag, 25. März 2012).

Und Dr. Beat Kappeler schreibt an gleicher Stelle auch: „Ein sicheres Bank- und Finanzsystem sieht anders aus als jenes, das in Bern gemacht wurde. Es würde ein starkes nationales Transaktionshaus, also die Postfinance, umfassen, als Rückgrat im Krisenfall. Sodann hätte man einen privaten Bankensektor, der weniger „verreguliert“ werden müsste und den man eher fallen lassen könnte, wenn er scheitern würde.“

Die Postfinance arbeitet heute fast wie eine Vollgeld-Bank, aber doch nicht ganz, weil letztere zwar auch nicht Geld, aber doch Kredit gewähren und so die schweizerische Realwirtschaft mit Darlehen versorgen kann. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Vollgeldkritiker.

Ohne Geldschöpfung durch die Banken wird das Finanzsystem viel stabiler, der Zahlungsverkehr kann auch beim Untergang einer Grossbank problemlos weitergeführt werden (weil sich alle Bankenbuchgelder umgehend auf eine überlebende Bank transferieren lassen, wie die Wertschriften übrigens auch), die Einlagensicherung würde obsolet (weil nunmehr sogar Beträge über 100'000 durch die Nationalbank garantiert wären) und wie Dr. Beat Kappeler überzeugend argumentiert, liesse sich die Regulierung enorm vereinfachen, was insbesondere auch den kleineren Bankinstituten zu Gute käme, die heute eine viel zu hohe Regulierungslast zu tragen haben.

Dr. Chr. Zenger
Oktober 2017